

DER PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER LANDWIRTSCHAFT

Pressedienst Nr. 15519
Mittwoch, 13. Februar 2019

SPÖ will Ökostromgesetz auf jeden Fall blockieren	1
Köstinger präsentiert Abschlussbericht zur Strategie "Heimischer Rübenzucker"	3
IGP: Innovationskraft für Entwicklung moderner Betriebsmittel sicherstellen	4
Freihandel: Europaparlament stimmt für Abkommen mit Singapur	5
Iran, Russland und Kasachstan vereinbaren Spielregeln für den Weizenhandel	5
Hofinger: Vermehrtes Aufkommen von Wolfsrudeln ernst nehmen	6
Lagerhaus Technik-Center verstärkt Management-Team	7
Bio in Kärnten: Positive Entwicklung bei Flächen und Betrieben setzte sich 2018 fort	7
Steiermark will Technologien und Bauten aus Holz weiter vorantreiben	8
ÖKL informiert über Schweinehaltung in Kleinbeständen	10

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische
Versicherung

SPÖ will Ökostromgesetz auf jeden Fall blockieren

Gespräch von Köstinger mit Bundesräten ohne Ergebnis

Wien, 13. Februar 2019 (aiz.info). - Ohne Einigung ging am Dienstagnachmittag das Ökostrom-Treffen zwischen Landwirtschaftsministerin **Elisabeth Köstinger** und Vertretern der SPÖ zu Ende. Die Ministerin wollte bei dem Gespräch letzte Unklarheiten ausräumen und damit doch noch die Zustimmung der SPÖ-Mandatare zur Änderung des Ökostromgesetzes in der morgen stattfindenden Sitzung des Bundesrates erreichen. Die Gesetzesnovelle soll bekanntlich den Fortbestand von Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (KWK), die auf Basis von Biomasse arbeiten, sichern und braucht dafür eine Zweidrittel-Mehrheit. Die SPÖ bleibt aber trotz zahlreicher Appelle von Energieexperten und Politikern verschiedener Fraktionen bei ihrer Haltung und will das Gesetz morgen im Bundesrat ablehnen, weil es "intransparent" sei. * * * *

Köstinger erklärte nach dem Treffen: "Es ist schade, dass die SPÖ weiterhin aus parteipolitischem Kalkül ihre Blockadehaltung fortsetzt." Sie sei auf die SPÖ zugegangen und bereit gewesen, alle vermeintlichen Missverständnisse auszuräumen und offene Fragen zu klären. Sie habe einmal mehr betont, dass es hier um eine Übergangslösung für von der Schließung bedrohte Holzkraftwerke gehe und dass bei einer Ablehnung des Ökostromgesetzes wertvolle Zeit für die Rettung dieser Anlagen verloren gehe. Die SPÖ-Vertreter hätten jedoch keine Bereitschaft zum Einlenken gezeigt.

"Bundesministerin Köstinger hat die Hand ausgestreckt. Der SPÖ geht es aber offensichtlich nur um Tauschhandel und Fundamentalopposition. Das ist alter, schlechter Politikstil auf dem Rücken von Tausenden Arbeitnehmern und zulasten der Umwelt", zeigte sich auch ÖVP-Generalsekretär **Karl Nehammer** enttäuscht. SPÖ-Chefin Pamela Rendi-Wagner müsse endlich Farbe bekennen, ob sie diesen Uralt-Stil unterstützt, so Nehammer.

Vier Parlamentsfraktionen für das Ökostromgesetz

Gestern hatten, wie berichtet, Vertreter der drei Parlamentsfraktionen ÖVP, FPÖ und NEOS eindringlich an die SPÖ-Bundesräte appelliert, für die Ökostromnovelle zu stimmen, weil damit der Großteil der gefährdeten Holzkraftwerke gerettet werden könnte. Wer Ökostrom abdrehe, der drehe Atomstrom auf, warnten sie. Auch die Grünen-Bundesräte hatten signalisiert, der Novelle zuzustimmen. Votieren die SPÖ-Bundesräte morgen - so wie angekündigt - geschlossen gegen das Gesetz, dann wäre diese Übergangslösung gescheitert und zahlreiche Biomasseanlagen müssten schließen (insgesamt sind 47 Anlagen gefährdet). Eine Neuverhandlung im Rahmen einer großen Gesetzesreform (Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz) käme zu spät, weil diese erst 2020 greifen würde, während die Einspeisetarife vieler Holzkraftwerke bereits 2017 und 2018 ausgelaufen sind oder heuer auslaufen.

Pernkopf: SPÖ soll Landesinteressen vor Parteipolitik stellen

Obwohl die SPÖ offenbar fest entschlossen ist, das Ökostromgesetz morgen im Bundesrat zu blockieren, kamen heute aus allen Landesteilen letzte Appelle an die Vernunft und das Verantwortungsgefühl der sozialdemokratischen Mandatare.

In Niederösterreich forderte LH-Stellvertreter **Stephan Pernkopf** die SPÖ-Bundesräte auf, das Miteinander im Land vor parteipolitisches Gezänk auf Bundesebene zu stellen. "Wenn die

erfolgreiche blau-gelbe Energiewende blockiert wird und die Holzkraftwerke zusperrt, muss im Gegenzug Strom aus Atomkraft und Kohle importiert werden. Das schadet dem Klima und vernichtet Arbeitsplätze in unseren Regionen, das kann nicht im Sinne des Landes sein. Zudem wird mit der Novelle auch eine Energiekosten-Entlastung von einkommensschwachen Haushalten durchgesetzt, auch das wäre bei einer Ablehnung des Gesetzes im Bundesrat blockiert", so Pernkopf. In Niederösterreich gehe es um die Zukunft von 14 Biomasseanlagen und um knapp 1.300 Arbeitsplätze.

Im Gespräch mit der SPÖ-Landesspitze hat Pernkopf gestern auch die Details der geplanten Biomasse-Rettung erläutert. "Dabei zeigte sich, dass die Bundesräte und die Landesebene anscheinend falsch von der Bundes-SPÖ informiert wurden, denn anders als oft dargestellt, sind die Eckpfeiler der Nachfolgetarife bereits bekannt", stellte Pernkopf fest.

NÖ Bauernbund: SPÖ-Blockade gefährdet Arbeitsplätze und schädigt Gemeinden

Auf absolutes Unverständnis stößt die Haltung der SPÖ in Sachen Ökostromnovelle auch beim NÖ Bauernbund. "Anstatt im Bundesrat erstmals in der Geschichte ein Gesetzesvorhaben zu blockieren und stur in der parteipolitischen Ecke zu verharren, sollten die verantwortlichen SPÖ-Bundesräte lieber über eine nachhaltige Energiezukunft in den Gemeinden nachdenken", stellte Bauernbund-Direktorin **Klaudia Tanner** fest. Sie machte die SPÖ auch für den absehbaren volkswirtschaftlichen Schaden durch die Blockade des Ökostromgesetzes verantwortlich. Es gehe in Niederösterreich um Tausende Arbeitsplätze und um regionale Wertschöpfung im Umfang von rund 63 Mio. Euro, so Tanner. Sie erinnerte daran, dass viele der betroffenen Ökostromanlagen in SPÖ-geführten Gemeinden stehen. "Arbeitnehmer und Betreiber, Bürgerinnen und Bürger werden nicht vergessen, wer für das sich abzeichnende Desaster im Ökostrombereich verantwortlich ist", so die Bauernbund-Direktorin.

Lindinger: Warum Ökostrom abdrehen und Atomstrom importieren?

Der oberösterreichische ÖVP-Nationalrat **Klaus Lindinger** wies darauf hin, dass in seinem Bundesland drei Anlagen, die 20.110 Haushalte mit Strom versorgen, von der Schließung aufgrund auslaufender Ökostromverträge betroffen sind. Diese drei Biomasseanlagen erbringen eine Wertschöpfung von rund 9 Mio. Euro und sichern 188 Arbeitsplätze. "Es kann doch nicht im Sinne der SPÖ sein, dass wir Ökostrom, der vor der eigenen Haustür umweltschonend produziert wird, abdrehen und dafür Atomstrom oder auch Strom aus kalorischen Kraftwerken aus dem Ausland zukaufen", appellierte Lindinger an das Verantwortungsbewusstsein der oberösterreichischen SPÖ-Bundesräte. "Wie wollen diese Politiker ihren Leuten zu Hause erklären, warum sie wertvollen Ökostrom abgedreht und eine Entlastung der einkommensschwächsten Haushalte verhindert haben?", fragte Lindinger.

Berlakovich: Holzkraftwerke liefern verlässlich Wärme und Strom

"Die Ökoenergie ist ein wichtiger Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels. Die SPÖ gefährdet mit ihrer Blockadehaltung auch die sichere Versorgung der Bevölkerung mit Wärme und Strom im ländlichen Raum. Zusätzlich erfolgt durch die Biomasseanlagen eine effiziente Verwertung der durch Windbruch und Borkenkäfer angefallenen enormen Schadholzmengen. Die Gewinnung von Strom und Wärme aus Biomasse ist daher ein Schlüssel für unsere gepflegten Wälder", gab der Landesobmann des Burgenländischen Bauernbundes,

Nikolaus Berlakovich, zu bedenken.

Steiermark: Anlagenbetreiber verunsichert

In der Steiermark gibt es 27 Biomassekraftwerke, die rund 600 Arbeitsplätze sichern. "Die Betreiber dieser Anlagen sind verunsichert. Sollte der geplante Nachfolgetarif nicht zeitgerecht beschlossen werden, müssen zahlreiche Kraftwerke aufgrund zu hoher Kosten abgeschaltet werden", warnte FPÖ-Landtagsabgeordneter **Stefan Hermann**. Die SPÖ habe sich klar zur steirischen Energiestrategie bekannt, darin heiße es, dass "Biomasseanlagen als nachhaltige und erneuerbare Energieproduzenten zu erhalten und demnach zu fördern sind". Diese Anlagen verarbeiten großteils Holz aus Sturmschäden und sorgen für Strom und Wärme in den umliegenden Haushalten. Eine Blockade des Ökostromgesetzes würde somit auch die umweltfreundliche Energieversorgung in den Regionen gefährden, sagte Hermann und appellierte an die drei steirischen Bundesräte der SPÖ, ihr Abstimmungsverhalten im Bundesrat nochmals zu überdenken.

In Kärnten, wo derzeit acht Biomasseprojekte akut abhängig von Bundesförderungen sind, fragen sich zahlreiche Politiker, warum die SPÖ morgen im Bundesrat gegen die weitere Unterstützung seiner Holzkraftwerke stimmen wird. In dem südlichen Bundesland sind außerdem riesige Mengen an Schadholz vorhanden, für deren Verwertung Biomasseanlagen unverzichtbar sind.

Wiens Biomassekraftwerk wird ohne genügend Förderung heruntergefahren

Von einer fehlenden Nachfolgeregelung für die Biomasseförderung ist auch das Biomassekraftwerk in Wien-Simmering betroffen, dessen Förderung im Juli 2019 ausläuft. Es wird im August nach Unternehmensangaben vorerst heruntergefahren, sollte es keine ausreichende Anschlussfinanzierung geben. Man habe wirtschaftlich gar keine andere Chance, sagte der Generaldirektor-Stellvertreter der Wiener Stadtwerke, **Peter Weinelt**, zur APA. Mit den Preisen am Strommarkt sei die Anlage wirtschaftlich nicht machbar, dabei sei das Biomassekraftwerk sehr effizient aufgestellt. (Schluss)

Köstinger präsentiert Abschlussbericht zur Strategie "Heimischer Rübenzucker"

1 Mio. Euro werden für Forschung als Sofortmaßnahme bereitgestellt

Wien, 13. Februar 2019 (aiz.info). - Bundesministerin **Elisabeth Köstinger** hat gestern den Abschlussbericht zur Strategie "Heimischer Rübenzucker" im Marmorsaal des Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus präsentiert. Eingeladen waren Vertreter von Politik, Wissenschaft, Verwaltung, NGOs und Konsumenten. * * * *

Das Auslaufen des EU-Quoten- und Mindestpreissystems in der Zuckerproduktion im Jahr 2017 traf die Rübenbauern massiv. Verschärfte Wettbewerbsbedingungen auf dem europäischen Markt und ein niedriges Preisniveau aufgrund steigender Produktion waren die Folge. Die negativen Auswirkungen des Klimawandels und ein vermehrter Schädlingsbefall 2018 verschärften die Situation im österreichischen Zuckerrübenbau zusätzlich. Um die heimischen Rübenbauern und den Zuckersektor bestmöglich unterstützen zu können, initiierte Bundesministerin Köstinger im Mai 2018 einen Rübengipfel und gab damit den Startschuss zur Strategie "Heimischer Rübenzucker". Damit

wurde gemeinsam mit den heimischen Rübenbauern sowie allen beteiligten Organisationen die Weiterentwicklung des für Österreich so wichtigen Sektors formuliert, wie Köstinger betonte.

Arbeitsgruppen eingerichtet

Für die Umsetzung dieses Prozesses wurden vier Arbeitsgruppen zu den Themenbereichen Produktion, Märkte & Mechanismen, Wertschöpfungskette sowie PR & Marketing eingerichtet. Die Arbeitsgruppen tagten zwischen Juni und September 2018. In zahlreichen Arbeitssitzungen wurden die wichtigsten Problemfelder beleuchtet und notwendige Maßnahmenvorschläge erarbeitet.

Ein wichtiger Bestandteil der Strategie ist es, Projekte zur Erforschung der Auswirkungen des Klimawandels und des damit zusammenhängenden Schädlingsaufkommens zu forcieren. Dafür werden in den nächsten drei Jahren insgesamt 1 Mio. Euro als erster Schritt vonseiten des Ministeriums zur Verfügung gestellt.

Besonderes Augenmerk wird im Bericht auf die EU-Agrarpolitik gelegt: Sie bietet den Rahmen, um den Rübenanbau bestmöglich zu verankern. "Mit der Strategie 'Heimischer Rübenzucker' wurde ein Ansatz für die Weiterentwicklung des für Österreich so bedeutenden Zuckersektors formuliert. Es ist wichtig, dass die im Strategieprozess erarbeiteten Maßnahmen nun von allen Stakeholdern weiterverfolgt werden und in die laufenden sowie zukünftigen Strategien und Arbeitsfelder im Landwirtschaftsbereich einfließen, denn nur gemeinsam können wir den heimischen Rüben- und Zuckersektor für die Zukunft rüsten", so Köstinger. (Schluss)

IGP: Innovationskraft für Entwicklung moderner Betriebsmittel sicherstellen

Erschwernisse bei Forschung führen zu Engpässen

Wien, 13. Februar 2019 (aiz.info). - Die IndustrieGruppe Pflanzenschutz (IGP) begrüßt Änderungen, die das Vertrauen der Konsumenten in die Zulassung von Wirkstoffen erhöhen, warnt aber vor weiteren Erschwernissen im Bereich Forschung und Entwicklung sowie bei der Zulassung von Wirkstoffen. "Wird die Innovationskraft der Branche weiter gesenkt, so wirkt sich das auf die Entwicklung neuer Wirkstoffe aus. Betroffen hiervon wären vor allem auch biologische Wirkstoffe und low-risk substances", so **Christian Stockmar**, Obmann der IGP. * * * *

"Wir betonen aber auch, dass Transparenz für alle im Diskurs gelten sollte. Wir fordern daher, dass NGO-Studien an internationale wissenschaftliche Standards angepasst werden, wie die Industrie sie bei der Entwicklung und Zulassung von Wirkstoffen einzuhalten hat. Das sollte unbedingte Voraussetzung für die Aufnahme in den wissenschaftlichen Diskurs sein", so Stockmar.

Die chemische Industrie setzt sich für den Erhalt einer möglichst großen Palette an modernen und innovativen Betriebsmitteln ein. "Landwirtschaftliche Betriebe können Verluste durch Schädlinge, Krankheiten oder Unkraut nicht ausgleichen und erleiden zum Teil dramatische Verluste, die im schlimmsten Fall zum wirtschaftlichen Ende des Betriebes führen. Mit jedem geschlossenen landwirtschaftlichen Betrieb verliert Österreich aber auch ein Stück seiner Fähigkeit, sich selbst zu ernähren", warnt Stockmar. (Schluss)

Freihandel: Europaparlament stimmt für Abkommen mit Singapur

Vereinbarung wird als Brücke zu weiteren Staaten in Asien gesehen

Straßburg, 13. Februar 2019 (aiz.info). - Die Europäische Union möchte den Handel sowie Auslandsinvestitionen mit Singapur ausbauen. Die EU-Kommission verständigte sich deshalb auf ein Freihandelsabkommen, dem das Plenum des Europaparlaments in Straßburg nun mit großer Mehrheit zustimmte. Konkret sprachen sich 425 Abgeordnete für das Abkommen aus, 186 votierten dagegen und 41 enthielten sich der Stimme. Das Abkommen habe eine geostrategische Bedeutung, betonte der britische Sozialdemokrat und Berichterstatter **David Martin** im Europäischen Parlament. Singapur sei das erste Land der ASEAN-Gruppe, mit dem die EU ein Handelsabkommen abschließen, und damit eine Brücke zu weiteren Staaten in Asien, hofft Martin. Im Plenum des EU-Parlaments kritisierten vor allem Sozialdemokraten aus Deutschland und Frankreich fehlende Standards für den Schutz von Arbeitnehmern in Singapur. * * * *

Mit dem Abkommen schützt das asiatische Land 190 geografische Bezeichnungen der EU. Jährlich führt die EU Lebensmittel und Getränke im Wert von 2 Mrd. Euro nach Singapur aus, für die auch schon vor dem Abkommen kaum noch Zölle erhoben werden. Sobald auch die EU-Mitgliedstaaten dem Abkommen zugestimmt haben, kann es unmittelbar danach in Kraft treten. (Schluss) mö

Iran, Russland und Kasachstan vereinbaren Spielregeln für den Weizenhandel

"Memorandum of Understanding" unterzeichnet

Moskau/Astana/Teheran, 13. Februar 2019 (aiz.info). - Im Iran dürfen die Getreidemühlen demnächst Weizen aus Russland und Kasachstan für die Verarbeitung zu Mehl, das in Drittländer exportiert wird, einführen. Das sieht ein am Dienstag unterzeichnetes dreiseitiges "Memorandum of Understanding" vor, teilte der Pressedienst der Eurasischen Wirtschaftskommission (EAWK) mit. Laut der Pressestelle des Moskauer Landwirtschaftsministeriums erläuterte der stellvertretende Ressortchef **Sergej Lewin** am Rande der Unterzeichnung des Dokuments, dieses ermögliche die unmittelbare Vorbereitung der Handelsverträge und eine baldige Wiederaufnahme von Weizenlieferungen in den Iran. Außerdem würden dadurch unter anderem die Transitlieferungen von Weizen über das iranische Territorium in die Drittländer geregelt. * * * *

Wie ein Marktexperte des staatlichen Agrartransportunternehmens RusAgroTrans vor Journalisten in Moskau erklärte, seien wegen eines seit dem Frühjahr 2016 im Iran geltenden Weizenimportverbots die russischen Lieferungen in das Land zuletzt auf ein Minimum gesunken. In der Saison 2014/15 hätten sich diese noch auf eine beträchtliche Menge von gut 1,7 Mio. t belaufen, was mehr als ein Viertel sämtlicher iranischen Weizenimporte ausmache. (Schluss) pom

Hofinger: Vermehrtes Aufkommen von Wolfsrudeln ernst nehmen

ÖVP machte "Wolfsproblematik" zum Hearing-Thema im Petitionsausschuss

Wien, 13. Februar 2019 (aiz.info). - "Aus Mangel an natürlichen Feinden und aufgrund des hohen Schutzstatus werden vermehrt auftretende Wolfsrudel auch bei uns zum Problem", begründet ÖVP-Petitionssprecher und Nationalrat **Manfred Hofinger**, warum die Volkspartei die Petitionen der Nationalräte Martina Diesner-Wais, Hermann Gahr und **Franz Eßl** zum Hauptthema des heutigen Hearings im Parlament gemacht hat. Mit dem Leiter des Instituts für Wildbiologie und Jagdwirtschaft, **Klaus Hackländer**, wurde bewusst ein unabhängiger Experte geladen. "Uns geht es darum, das Thema in aller Sachlichkeit zu diskutieren und Lösungen für die Weidewirtschaft, vor allem aber auch für die verunsicherte Bevölkerung zu suchen. Denn wie bekannt ist, dringen Wölfe bereits vermehrt auch in urbane Gebiete ein", so Hofinger. Nach der umfassenden Diskussion im Ausschuss werden diese drei Petitionen nun zur Weiterbehandlung dem Landwirtschaftsausschuss zugewiesen. * * * *

Hackländer: Weidewirtschaft und Wolf sind inkompatibel

Mit einer Wachstumsrate von jährlich 40% stellt die steigende Wolfspopulation der vergangenen Jahre auch in Österreich eine große Herausforderung dar. Derzeit geht man von 20 bis 25 Wölfen im gesamten Bundesgebiet aus. In 15 Jahren sei eine ökonomische Tragfähigkeit von bis zu 500 Tieren möglich. "Österreich ist zudem reich an Nahrung", verweist Hackländer in seinem Statement auf die hohe Anzahl an Nutztieren, aber auch an Rotwild in unserem Land. Herdenschutz sei möglich, würde aber Nutztierrisse nicht zu 100% verhindern. "Weidewirtschaft in der jetzigen Form und der Wolf sind auch wissenschaftlich gesehen inkompatibel", setzt der Experte daher auf die Einführung einer wildökologischen Raumplanung in Österreich. Diese würde eine Ausweisung von wolfsfreien Zonen sowie eine konfliktarme Koexistenz zwischen Mensch und Wolf ermöglichen. "Hier könnte das Österreich-Zentrum einen wertvollen Beitrag leisten."

Eßl: Es geht um den Erhalt der traditionellen Berglandwirtschaft

Jährlich werden über 100.000 Rinder, 35.000 Schafe und Ziegen, 5.000 Pferde sowie sonstige Nutztiere auf Salzburgs Weiden gehalten. "Mit der Ausbreitung der Wölfe ist die traditionelle Bergland- und Weidewirtschaft, insbesondere die Almwirtschaft in Salzburg in Gefahr, zumal ein flächendeckender Schutz vor Wölfen aufgrund der geografischen und topografischen Gegebenheiten wirtschaftlich nicht möglich ist", fordert Nationalrat Eßl in seiner gemeinsam mit dem Landesverband für Schafe und Ziegen und dem Rinderzuchtverband Salzburg eingebrachten Petition eine Abänderung der FFH-Richtlinie. "Ein Ende der Weidewirtschaft hat auch grundlegende Auswirkungen auf die Lebensmittelproduktion, aber auch auf unsere Kulturlandschaft und den Tourismus", gibt der Abgeordnete zu bedenken. Europaweit sei der Erhaltungszustand des Wolfes faktisch gegeben, sodass wolfsfreie Zonen im alpinen Raum durchaus gerechtfertigt sind. (Schluss)

Lagerhaus Technik-Center verstärkt Management-Team

Schlüsselpositionen in Vertrieb und Marketing neu besetzt

Korneuburg, 13. Februar 2019 (aiz.info). - Das Lagerhaus Technik-Center (LTC) - ein Tochterunternehmen der RWA Raiffeisen Ware Austria mit Sitz in Korneuburg - hat sein Management-Team aufgestockt. Martin Ableidinger übernimmt die Leitung der Region Nord, sein Vorgänger Thomas Scheidl die Leitung des zentralen Sales Support. Die Verantwortung für das Marketing hat seit Kurzem Beate Utzig inne. * * * *

Martin Ableidinger (54) leitet seit Jahresbeginn die Region Nord und verantwortet damit die wichtigste Vertriebsregion des LTC, die Wien, Niederösterreich sowie das nördliche Burgenland umfasst. Mit Ableidinger kehrt ein ehemaliger Mitarbeiter ins LTC zurück, der jahrzehntelange fundierte Erfahrung im Landtechnik- und Traktorenvertrieb aufweist und zuletzt Steyr Center Nord-Geschäftsführer war.

Thomas Scheidl (41), der bisher die Leitung der Region Nord innehatte, übernahm mit Jahreswechsel den zentralen Sales Support. Er verantwortet damit Lieferantenverhandlungen sowie die gesamte Konditions- und Einkaufspolitik. Zudem ist er auch für das Landtechnik-Mietservice Rentflex zuständig.

Beate Utzig (37) hat vergangenen Herbst die Leitung des LTC-Marketings übernommen. In dieser Funktion zeichnet sie für nationale und regionale Maßnahmen sowie für die Exklusivmarken verantwortlich. Die studierte Marketingmanagerin verfügt über langjährige, internationale Erfahrung in der Automobilindustrie und war zuletzt als selbstständige Unternehmensberaterin für Autohersteller sowie Importeure tätig.

"Ich freue mich, dass wir wesentliche Positionen in unserem Führungsteam mit erfahrenen und kompetenten Persönlichkeiten besetzt haben, mit denen wir den erfolgreichen Unternehmenskurs fortsetzen sowie ausbauen werden", so LTC-Geschäftsführer **Hubert Schenk**. Das Lagerhaus Technik-Center, das in Österreich als Generalimporteur der Marke John Deere fungiert, konnte zuletzt den Marktanteil deutlich ausbauen. John Deere erreichte den zweiten Platz in der heimischen Zulassungsstatistik für Standard-, Obst- & Weinbau traktoren, die in der Branche als Leitindikator gilt. (Schluss)

Bio in Kärnten: Positive Entwicklung bei Flächen und Betrieben setzte sich 2018 fort

Biozentrum unterstützt Neueinsteiger mit Bildungs- und Beratungsmaßnahmen

Klagenfurt, 13. Februar 2019 (aiz.info). - "Kärntens Strategie zur Steigerung des Bioflächenanteils trägt Früchte", kommentieren Landwirtschaftskammer (LK)-Präsident **Johann Mößler** und Bio Austria-Landesobmann **Johann Kreschischnig** die aktuellen Zahlen des Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus (BMNT) zur Entwicklung des Sektors. Die Zahl der Kärntner Biobetriebe stieg demnach von 2017 auf 2018 auf 1.813 (+2,5%), während die bewirtschaftete Fläche im selben Zeitraum um rund 1.300 ha auf knapp 35.500 ha angewachsen ist. Das entspricht einer Steigerung von 3,6% beziehungsweise der Größe von rund 3.180 Fußballfeldern. Insgesamt wurden damit im Vorjahr etwa 24,5% der landwirtschaftlichen Fläche biologisch bewirtschaftet - 18% der Ackerfläche und mehr als ein Viertel des Grünlandes. * * * *

Für Mößler ist der positive Trend ein "Ergebnis der ökosozialen Ausrichtung der Kärntner Agrarpolitik", die den Biosektor in vielfacher Weise unterstütze. Einen zentralen Erfolgsfaktor sieht er in der Bündelung der Bildungs- und Beratungsmaßnahmen für Biobauern und Neueinsteiger im Kärntner Biozentrum, einer Kooperation der LK mit Bio Austria. "Diese Kooperation wollen wir fortsetzen und Bio in Kärnten entsprechend der Nachfrage weiterentwickeln", erklärt Mößler.

Kreschischnig sieht die Nachfrageentwicklung der Konsumenten nach regionalen Biolebensmitteln weiterhin sehr positiv. Leider folge die Außer-Haus-Verpflegung zum großen Teil noch nicht diesem Trend. "Wir fordern von der Landesregierung, endlich den Landtagsbeschluss vom Juni 2014 umzusetzen, der für alle Küchen der öffentlichen Hand einen Bioanteil von 30% ab dem Jahr 2018 vorschreibt", streicht er die Rolle der Politik für die zukünftige Entwicklung im Biosektor hervor. (Schluss)

Steiermark will Technologien und Bauten aus Holz weiter vorantreiben

Seitinger: Müssen weiterhin innovativ bleiben

Graz, 13. Februar 2019 (aiz.info). - Die Steiermark setzt auch in Zukunft auf den altbewährten, innovativen und klimafreundlichen Wertstoff Holz, der Mehrwert und Arbeitsplätze in den Regionen schafft. Neben Forschung und Entwicklung soll auch die dazugehörige Ausbildung weiter vorangetrieben und die volkswirtschaftliche Dimension der Holzwirtschaft näher betrachtet werden. Ein weiterer Zukunftsbereich soll ein massiver Einsatz des Wertstoffes Holz bei sensiblen Bauten wie Pflegeheimen, Kindergärten etc. sein. Auch wird ein Augenmerk auf die Installationstechnik sowie eine verstärkte Bewerbung der steirischen Holz-Referenzprojekte gelegt. Eine Dokumentation der vielfältigen Anwendungsbeispiele des Baustoffes Holz präsentiert das soeben erschienene Buch "Bauen für Menschen und Klima". "Mein Ziel als Landesrat ist es, den genialen Wertstoff Holz vermehrt in den öffentlichen Raum, im Wohnbau und im Rahmen neuer Technologien einzusetzen. Denn wir müssen weiterhin innovativ bleiben, um das enorme Potenzial des steirischen Holzes zukünftig noch weiter ausschöpfen zu können", ist Landesrat **Johann Seitinger** überzeugt. * * * *

Die Steiermark setzte sich zum Ziel, Holz als nachhaltigen Baustoff so zu positionieren, dass es neben seiner positiven Wirkung auch seine architektonischen Reize zum Ausdruck bringt. "Wird mit Holz gebaut, so entsteht in unseren Städten und Dörfern ein sogenannter 'zweiter Wald' und damit ein beträchtlicher Kohlenstoffspeicher, der die Umwelt entlastet. Denn jeder Kubikmeter verbautes Holz speichert Kohlenstoff aus einer Tonne CO₂ - ein positiver Klimaschutzeffekt entsteht", erklärt Seitinger. Wichtige Voraussetzung für die errechneten positiven Klimaschutzeffekte sei, dass die Holznutzung nicht über dem Zuwachs liege. "Wird der Holzbau in Österreich als Klimaschutzmaßnahme forciert, besteht keine Gefahr der Übernutzung der Wälder. In Summe bringt die aktuelle Holzbauquote in Österreich bereits eine Reduktion von 3,3 Mio. t CO₂ pro Jahr, das entspricht der durchschnittlichen Jahresemission von 2,2 Mio. Kraftfahrzeugen", so der Landesrat.

Ausbildungsoffensive proHolz - Lernen für das Klima

Die Wertschöpfungskette Holz zählt mit 55.000 Arbeitsplätzen in den unterschiedlichsten Berufsfeldern zu den größten Arbeitgebern Österreichs. Ein Ziel von proHolz Steiermark ist es daher, Holzwissen in die Ausbildungsstätten zu tragen und in den Lehrplänen zu verankern. Die Steiermark habe hier Pionierarbeit geleistet. So wurde die erste Holz-NMS in Graz gestartet. Bereits nach drei Jahren wurde dieses Modell dreimal von anderen Bundesländern kopiert und auch Frankreich arbeitet derzeit daran, dieses Konzept zu übernehmen. Damit Holz bereits im Entwurfs- und Planungsprozess berücksichtigt wird, wurde im Vorjahr die erste Professur für Holzbau und Architektur an der Technischen Universität (TU) Graz installiert. "Von der Wissenschaft bis zur Forschung ist es uns gelungen, den Holzbau von fünf auf rund 30 % zu erhöhen", hält Seitinger stolz fest.

Holz ist der älteste Werkstoff der Welt

"Holz ist der älteste, natürlichste und fortschrittlichste Werkstoff der Welt und in keiner anderen Branche funktioniert das Zusammenspiel von Ökonomie und Ökologie so gut. Es ist an der Zeit, das Wissen um diesen Stoff wieder in den Ausbildungsstätten zu installieren. Das ist ein Gewinn für die Wirtschaft, das Klima und die Gesundheit", so proHolz Steiermark-Geschäftsführerin **Doris Stiksl.**

Es ist ein Gebot der Stunde, pro Holz zu sein

"Klassische Bauwerke sind für rund 36% der CO₂-Emissionen und für rund 40% des gesamten Energieverbrauchs in Europa verantwortlich. Das hoch ambitionierte, aber für notwendig erachtete EU-Ziel einer 40%igen Reduktion der Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2030 kann nur dann erreicht werden, wenn sich die Bauwirtschaft ihrer Rolle und Verantwortung bewusst wird und Schritte zur Reduktion setzt. Der gesamten holzbasierten Wertschöpfungskette - vom Forst bis hin zum Baubereich - wird dabei eine Schlüsselrolle zukommen, da Holz bekanntermaßen das größte Potenzial hinsichtlich einer CO₂-Reduktion besitzt", macht **Gerhard Schickhofer**, Professor an der TU Graz, aufmerksam.

Im Sinne des Klimaschutzes sei ein Umdenken hin zu einer stofflichen Nutzung von Holz und Holzwerkstoffen im Baubereich unumgänglich. Es gehe um nicht weniger, als das europäische, ja weltweite Baugeschehen auf die verstärkte Verwendung der nachhaltig nutzbaren und nachwachsenden Ressource Holz umzustellen. Die Forschungs- und Entwicklungstätigkeit sei die Basis für die Weiterentwicklung der Materialien und der Einsatzmöglichkeiten. Ebenso wichtig sei es, diese Innovationen in die praktische Umsetzung in die heimischen Unternehmen zu bringen", ist Schickhofer überzeugt. "Jede Form des Bewusstmachens, dass uns von der Natur mit dem Werkstoff Holz ein Lösungsangebot zur CO₂-Reduktion vorliegt, ist daher zu nutzen. In diesem Sinne ist es ein Gebot der Stunde, pro Holz zu sein und alle diesbezüglichen Aktivitäten mit Rat und Tat zu unterstützen", unterstreicht Schickhofer. (Schluss)

ÖKL informiert über Schweinehaltung in Kleinbeständen

Merkblatt beinhaltet Stallbaulösungen und Haltungskonzepte

Wien, 13. Februar 2019 (aiz.info). - In seinem neuesten Merkblatt #108 behandelt der Arbeitskreis Landwirtschaftsbau des Österreichischen Kuratoriums für Landtechnik und Landentwicklung (ÖKL) die tierfreundliche Haltung von Hausschweinen in kleinen Beständen, die zum Zweck der Lebensmittelerzeugung (für Eigenversorgung, Direktvermarktung, Gastronomie), zur Erhaltung seltener Schweinerassen (z. B. Mangaliza, Turopolje) oder etwa für die tiergestützte Intervention gehalten werden. Unter einem "Kleinbestand" versteht man maximal fünf Zuchtsauen mit Ferkeln und/oder höchstens 30 Mastschweine (relevant aufgrund der Biosicherheitsbestimmungen). * * * *

Die im Merkblatt dargestellten Haltungskonzepte und Stallbaulösungen sind als Orientierungshilfe gedacht. Sie enthalten Empfehlungen für optimale Planungsmaße sowie Planungsbeispiele für den Abferkel- beziehungsweise Wartebereich und für Ferkelaufzucht sowie Mast. Weiters werden eine flexible Anordnung der unterschiedlichen Haltungsabschnitte und ein Konzept zur Anordnung im Altgebäude dargestellt. Die Broschüre enthält die gesetzlich geforderten Maßnahmen zur Biosicherheit sowie die empfohlene Ausführung der doppelten Umzäunung bei Freilandhaltung. Die angegebenen Maße gehen über die gesetzlichen Vorgaben hinaus und sind auch für die Biotierhaltung ausreichend.

Üblich bei kleinen Tierbeständen ist die sogenannte "Auslaufhaltung", wo der Stallinnenbereich und der Auslauf eine Einheit bilden. Bei "Auslaufhaltung mit Weide" ist eine zusätzliche Weidefläche vorhanden. "Weidehaltung mit Stall" ist eine Sondervariante bei saisonaler Mastschweinehaltung.

Bestellung im ÖKL

Die 20-seitige Farbbroschüre mit zahlreichen Fotos, Tabellen und Planungsbeispielen ist in 1. Auflage erschienen und kann zum Preis von 10 Euro beim ÖKL unter der Tel.-Nr. 01/505 18 91, per E-Mail office@oekl.at oder im Webshop (www.oekl.at) bestellt werden. (Schluss)